

Nach den Angaben der Allg. Zeitung (Chemnitz, 10. Jan. 1914) soll der Automobilexport Deutschlands im Jahre 1911 etwa 48 Millionen Mk. betragen haben. Die Ausfuhr ist dann weiter von ca. 76 Mill. Mk. im Jahre 1912 auf ca. 97 Mill. Mk. im Jahre 1913 gestiegen und hat damit die englische Exportziffer eben überholt. Bei weitem voraus aber sind uns noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich. Letzteres weist noch immer die größten Exportziffern auf, schon die Ansicht, daß nur in Frankreich wirklich gute Automobile gebaut wurden, völlig unhaltbar geworden ist. Seit der Kraftwagen aufgehört hat, lediglich dem Sport zu dienen, seit er im modernen Geschäftsleben ein unentbehrlicher Faktor geworden ist, hat die deutsche Industrie Kiesenanstrengungen gemacht, das Verlorene einzuholen, nachdem die Erfindungen der Deutschen Daimler und Benz zuerst in Frankreich verwerdet und ausgebaut worden waren.

Die „amerikanische Konkurrenz“ ist auf dem deutschen Markt bisher am wenigsten störend aufgetreten. Der deutsche Käufer legt lieber einen größeren Betrag für ein Automobil an, um so einen Wagen zu erhalten, auf den er sich Jahre hindurch verlassen kann; auch sagen dem deutschen Geschmack die amerikanischen Formen wenig zu; die schlankte Torpedoform, eine rein deutsche Schöpfung, ist ihm lieber. Nicht unangenehm bemerkbar gemacht hat sich aber die amerikanische Konkurrenz auf den verschiedenen Auslandsmärkten. So mit in erster Linie in Südrussland. In den anderen europäischen Ländern waren die „billigen“ Amerikaner weniger fühlbar, zum Teil haben sie ihre Rolle bereits ausgespielt, weil man die Nachteile bereits frühzeitig erkannte. Nicht ernst gestaltete sich die amerikanische Konkurrenz in Uebersee, was teilweise darauf zurückzuführen ist, daß infolge ihrer Ueberproduktion die Amerikaner Wagen in großer Anzahl ihren Vertretern in Kommission gaben. So wurden vor allem überschwenmt Australien, Japan, China, Indien und Südafrika. Weniger stark waren die Erfolge in Argentinien und Brasilien, wo die Amerikaner wesentliche Fortschritte in letzter Zeit nicht erzielt haben.

Nach privaten Schätzungen betrug die Produktion Deutschlands an Kraftfahrzeugen im Jahre 1913 etwa 230 Mill. Mk., während sie für 1913 auf 300 Mill. Mk. taxiert wird. Die Summe der Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich betrug am 1. Januar 1913 ca. 78 000 Stück, also 1 Stück pro 830 Einwohner, während in Frankreich 1 Stück auf 440 Einwohner (zusammen ca. 88 000 Stück) und in England 1 Stück auf 250 Einwohner (zusammen ca. 175 000 Stück) kommen. Schätzungsweise beträgt die Zahl der Automobile im Deutschen Reich am 1. Januar 1914 ca. 90 000 Stück (einschließlich Lastwagen).

Die Zahl der Fahrzeuge dürfte sich im laufenden Jahre in verhältnismäßig schnellerem Maße erhöhen, da in Deutschland jetzt die eigentliche Ära der „Automanten“ beginnt, also eines Wagens, dessen Anschaffung infolge der geringeren Kosten weiteren Kreisen, vor allem Geschäftsleuten, Kreisen etc. ermöglicht wird. Der Bedarf an Last- und Lieferwagen verschiedener Art sowie an Omnibussen hat ebenfalls erheblich zugenommen. Für die meisten Betriebe von einiger Bedeutung hat sich der Automobilabfuhrbetrieb als bedeutend rentabel erwiesen als der Pferdebetrieb, und daher wird hier der Bedarf ständig steigen, zumal da bei den schweren Wagen der Lastwagen in den Subventionen der Landesverwaltung eine erhebliche Erregung besteht.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 10. Monatsbeitrag für die Zeit vom 1. bis 9. März fällig ist.

Leitender Mitgliedskader: Nr. 11365 Heinrich Stab. berg; Nr. 39475 David Haas; Nr. 97127 Josef Münch. Die Bücher sind für ungenügend erklärt.

Überfahrgeld: Ende März kommt ein neues Adressverzeichnis zum Verkauf. Zeitschriften, die auf dem Adressverzeichnis für das IV. Quartal 1913 über ungenügend ihre Adressen der Geschäftsstelle nicht mitteilen, werden gebeten, das

Wehrbeitrags-Bedenken.

Was nützt die Willkür-Wehrbeitrag, was nützen Millionen von Gewehren und Bajonetten, wenn keine Jungen mit kräftigen Knochen vorhanden sind, die mit den Kriegswaffen umzugehen verstehen? Wenn eine degenerierte, kranke und schwächliche Generation, die unter den Anfechtungen zusammenbricht, die große Masse des Volkes darstellt, kann es selbst das größte materielle Opfer als Wehrbeitrag leisten?

Die Forderung der Wehrbeitrag ist ungenügend wichtig, für die Bekämpfung des Vaterlandes, als die Willkür-Wehrbeitrag. Wie aber soll's denn sein? Sehen wir uns in der Gegenwart der angeblich „Gedult und Weisheit der Nation“ einmal an. Da begegnen wir der trübseligen Schamlosigkeit, die darauf hinzielt, die intellektuellen und physischen Kräfte der besten Volksschichten in einer gesunden Fortentwicklung zu hindern. Da vernimmt man das Schlagwort: „Wegen der Wehrbeitrag“, weil der Arbeiter bestraft ist und bestraft sein muß, in den Tagen der Wehrbeitrag und Wehrbeitrag nicht ins ganze Land hinausbringen. Da wehrt man sich gegen die Wehrbeitrag, denn die die Kräfte der Nation, die das letzte Ende Deutschlands unerschütterlich hat und wichtig gemacht hat, vor Hunger und Not zu retten. Derjenige Arbeiter, der einigermassen seinen Beitrag als Sold und Vater, als Ernährer der Familie, der seinen Wehrbeitrag nicht jeden gesunden Einverständnis, sich einem Wehrbeitrag anzuschließen hat, nur besser für

Verfaunte sofort nach Empfang dieser Zeitung nachzuholen. Da im Adressverzeichnis die Adressen der Vorstehenden der Fachgruppen in den Zeitstellen ebenfalls aufgeführt werden sollen, wird auch um die Mitteilung dieser ersucht.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten

Holzarbeiter aller Branchen: Breslau: (Waggonfabriken Hofmann-Linke).
Bürstenmacher: Reumieb (255).
Drehfler: Dinkelsbühl.

Lohnverlängerung in Freiburg i. B. Der am 12. August 1910 in Freiburg abgeschlossene Tarifvertrag für das Schreiner- und Tischlergewerbe hatte Geltung bis zum 15. Febr. d. J., vorausgesetzt, daß er drei Monate vorher gekündigt wurde; andernfalls lief er, ohne den Kollegen neue Verbesserungen zu bringen, ein Jahr weiter. Der Vertrag wurde unterdessen gekündigt und den Arbeitgebern die Mitteilung gemacht, die Arbeiter wären bereit, den Tarif um ein Jahr zu verlängern, wenn ihnen in dieser Frist eine Lohnzulage von 2 Pfg. zugestanden würde. Sollten die Arbeitgeber nicht darauf eingehen wollen, so ständen Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Vertrages nichts im Wege. Die Arbeitgeber erklärten zunächst, daß sie infolge der ungünstigen Konjunktur eine Lohnerhöhung nicht geben könnten. Im weiteren Verlauf der Unterhandlungen boten sie 1 Pfg. Lohnerhöhung. Die Kollegen lehnten dieses Angebot ab. Inzwischen hatten sich die Gewerkschaften auch die Großbetriebe korporativ dem Arbeitgeber-Schutzverbande angeschlossen, so daß die Kollegen nunmehr erst recht darauf bestehen konnten, den Schiedsgericht des Freiherrn von Berlepsch auch in Freiburg durchzuführen zu sehen. Am 17. Februar lief dann die Nachfrist ein, daß die Arbeitgeber den Schiedsgericht anerkennen und damit in diesem Jahre eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde gewähren. Der Tarif gilt damit bis zum 15. Februar 1916 verlängert.

Mit der Röhrenfabrik Heymann in Kray bei Essen wurde ein neuer Tarifvertrag vereinbart, der Gültigkeit bis zum 15. Februar 1918 hat. Die Arbeitszeit wird während der Tarifdauer von 55 auf 53 Stunden die Woche verkürzt, die Stundenlöhne um 5 Pfg. erhöht. Der Akkordtarif wurde einer Revision unterzogen.

Drehflerstreik in Dinkelsbühl. Die Drehfler in Dinkelsbühl sind am 23. Februar in den Ausstand getreten, nachdem die Arbeitgeber die behaupteten Forderungen der Gehilfen ablehnten. Der Höchstlohn für verheiratete Kollegen war bisher 18 Mk. die Woche. Die Forderungen der Kollegen zielen hin auf 36 Pfg. Stundenlohn bei einer Arbeitszeit von 58 Stunden die Woche.

In der Bürstenfabrik Loeb in Reumieb sind Differenzen ausgebrochen. Die Bohrer haben es abgelehnt eine Position Stanzware zu bekommen zu einem Akkordpreis, bei dem die Kollegen um 15% unter ihren bisherigen Verdienst bleiben müßten. Die Firma hat darauf den Bohrern gekündigt. Bei einer Verhandlung erklärte der Fabrikant den Vertretern der Organisation, er könne nicht mehr bezahlen; die Arbeiter üben einen Gewaltschrei aus. Er habe zwar gegen die Organisation nichts, aber seitdem die Leute organisiert wären, sei nicht mehr mit ihnen anzukommen. Er werde künftig nur noch unorganisierte Leute beschäftigen und die organisierten Arbeiter entlassen, weil diese einen falschen Begriff vom Verband hätten. Weil also die Arbeiter auf ihrem guten Recht bestehen, ist nicht mehr mit ihnen anzukommen. Die gekündeten organisierten Kollegen haben sich nun mit den Bohrern solidarisch erklärt und die Kündigung eingereicht. Zugang von Bürstenmachern nach Reumieb ist deshalb streng fernzuhalten.

Berichte aus den Zeitstellen.

Stla. In den letzten Monaten erschallt härter der Ruf aus gewissen Kreisen nach einer Verschärfung und Einengung des Koalitionsrechtes. Fast scheint es, als ob dieser Ruf bei verschiedenen Arbeitgebern

in Ebn weitgehendste Unterstützung findet. Man will keine „unzufriedenen“ Leute und deshalb verheißt man es den Arbeitern, wenn sie sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Gründe sehr fabelhafter Natur, die bei Unorganisierten seitens des Arbeitgebers, wenn sie vorkommen, überhaupt nicht als solche angesehen werden, müssen dazu dienen, die „unzufriedenen“ Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen. Vor ungefähr einem halben Jahre ging unser Verband dazu über, die Arbeiter des Sägewerkes Feinrich Auer in Söln-Niehl, eines der bedeutendsten Sägewerke am Rhein, zu organisieren. Die Firma — eigentlich mehr der Prokurist als die Inhaber — suchte gleich anfangs das Eindringen der Organisation auf verschiedene Art und Weise zu verhindern. Es wurde mit Entlassung gedroht, wenn einer der Arbeiter eine von dem Verbands anberaumte Betriebsversammlung besuchen würde. In einem Falle war dies auch zur Wahrheit gemacht worden. Es wurde aus diesem Grunde ein Arbeiter entlassen, der bereits 14 Jahre im Betriebe tätig war. Es wurde in dem einen Falle erreicht, daß die Entlassung seitens des Inhabers wieder in etwa rückgängig gemacht wurde. Nun versuchte man durch glatte Versprechungen die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Trotzdem war es uns möglich, die Hälfte der Arbeiter, 30 Mann, für die Organisation zu gewinnen. Gerade durch die Maßnahmen der Betriebsleitung hatten die Arbeiter nicht zuletzt den Wert der Organisation erkannt. Wir waren nun der Auffassung, daß endlich sich auch die Betriebsleitung mit den gegebenen Tatsachen abgefunden hätte. Nun scheint aber ein kleiner, bestimmter Teil der noch nicht organisierten Arbeiter des Betriebes mit diesem Verhältnis nicht ganz zufrieden zu sein. Von dieser Gruppe wird nun scheinbar versucht, die organisierten Arbeiter bei der Betriebsleitung in allen möglichen Formen anzuschwärzen und ihnen die unglaublichsten Dinge an die Kehle zu hängen. — Damit will man nun die Organisation im Betriebe unmöglich machen. Ob nicht auch hier das Wort mal zur Wahrheit wird: „Man liebt wohl den Verrat, nicht aber den Verräter?“ Dem erwähnten Begnügen scheint die Betriebsleitung in weitmöglichster Weise Vorkauf zu leisten. So wurde neben zwei jungen Arbeitern in der vorletzten Woche auch ein verheirateter Kollege entlassen, der bereits 9 Jahre im Betriebe stets seine Pflichten erfüllte. Dessen Vater hatte ebenfalls über 30 Jahre seine Arbeitskraft im Betriebe aufgebraucht. Und was ist der Grund der Entlassung? Verlegter Kollege soll einen Arbeiter der bereits gezeichneten kleinen Gruppe etwas unsanft angedeutet haben. Welch Geisteskind dieser Mann ist, geht am besten daraus hervor, daß er, als unser Vertreter bei einer Unterredung mit der Firma, ihn darauf hinwies, daß solche halblöde Anschwärmungen seines Arbeitskollegen gegenüber der Firma eigentlich das Privatvergnügen wäre, was sich denken ließe, meinte, man müsse beachten, daß er kein „gewöhnlicher“ Arbeiter sei. Die Firma erklärte, unter keinen Umständen eine Wiedereinstellung zuzugeben. Daraus ist nun aber kein anderer Schluß möglich, als daß man durch die ganzen Machinationen die Organisation treffen will. Wieder ein Fall mehr, wo Arbeiter, weil sie von dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machten brotlos wurden. Gegen ein solches Vorgehen müssen wir schärfsten Einspruch erheben. Wohin sollen solche Dinge denn führen? Hat nicht auch der Arbeiter das Recht, die Mittel zu ergreifen, die Wege zu gehen, die alle anderen Bevölkerungsschichten schon längst gegangen, die ihm die staatlichen Gesetze gewährleisten? Den Kollegen von Auer aber rufen wir zu: „Jetzt erst recht!“

Lohn. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 22. Januar statt. Sie war ziemlich gut besucht. Zum Vorstande wurden folgende Kollegen gewählt: Aug. Hane 1. Vorsitzender, Feinr. Lohmann 2. Vorsitzender, Bern. Diberding Kassierer, Fr. Rieckmann Schriftführer, Bern. Westerkhoff, Feinr. Feier Revisoren; Kartellbeauftragte St. Carsten, R. Meier, Jos. Böhnen, Bern. Diberding, St. Arlinghaus, Bern. Pöschmann. Laut Jahresbericht hatten wir Ende 1913 141 Mitglieder. Kollege Böhmele: Hannover hielt einen kurzen interessanten Vortrag über den dritten Deutschen Arbeiterkongress in Berlin. Unter Beschlußes wurde über ein Gewerkschaftsrecht gesprochen, das in der nächsten Zeit abgehalten wird. Ferner wurde angeregt, daß am 15. Febr. in Mühlh. Steinfeld ein, Versammlung stattfinden sollte, um mit den dortigen Holzarbeitern zu sprechen. Diese Versammlung hat inzwischen stattgefunden.

Weiß und Kind sorgen zu können, versucht man in seiner Tätigkeit zu hindern.

Solche Absichten diktiert der wolle Egoismus, die rückwärts Besorgnis der eigenen Geldsackinteressen. In blindgänger Befolgung ihres materiellen Vorteils treten die Schanzmacher des Wohl und den inneren Frieden der Nation rückwärts unter die Füße. Alle Einrichtungen, die die Lage des Arbeiters noch etwas erträglicher gestalten, Tarifvertrag, Koalitionsrecht, Sozialversicherung, sie sollen ihm nun verweigert werden.

Das Verhalten der Schanzmacher ähnelt sehr dem der Sozialdemokratie bei der Marokkofrage. Damals hielten die Ratgeber Protestversammlungen gegen den Krieg ab, murrten aber auch zu gleicher Zeit das Ausland gegen Deutschland zum Überhand aus, weil sie gerade durch ihren Protestrufmel dem Auslande das Bild eines innerlich zerfallenen, infolge dessen schwächlichen Deutschland vorgezeichneten. Weiter suchte die Sozialdemokratie, während sie äußerlich scheinbar gegen den Krieg wehrte, im Innern auf die schnellste Weise die Fäden der Revolution und des Bürgerkriegs zu entfehlen.

Dasselbe Doppelspiel kann man bei den Herren beobachten, denen die Schanzmacher das höchste Gebot ist. Mit der einen Hand reichen sie den Wehrbeitrag dar, mit der anderen schlagen sie Dynamit in den Keller des Staatsgebäudes. Durch ihre egoistischen Klassenkämpferischen Forderungen treiben sie Massen von Staatsbürgern der Partei der Revolution und des Klassenkampfes in die Arme, jener Partei, die angeblich ihnen mit aller Macht an den Grundsätzen unserer Vater-

landes rüttelt. Durch Vereitelung der Möglichkeit, das Einkommen der Arbeiterfamilien durch Mittel der Selbsthilfe zu erhöhen und es wirtschaftlich zu verwerthen, werden Unterernährung und Geburtenrückgang, die unsere nationale Wehrkraft stark bedrohen, von der Schanzmacherei noch gefördert. Die Kämpfer für Deutschlands Freiheit, die auf der Wahlstatt von Leipzig ruhen, die nicht nur ihr Gut, sondern auch ihr Blut freudig und uneigennützig dem Vaterlande opferten, sie würden, wenn sie es sehen könnten, ihr Haupt verhalten vor solchen Nachkommen, die mit dem Wohle und dem inneren Frieden des Vaterlandes, die sie mit ihrem Blute erkaufen, ein geradezu frevelhaftes Spiel treiben.

Wir, die christlich-nationalen Arbeiter, werden niemals des Vaterlandes große Aufgaben in Gefahr bringen durch Schlingung des Klassenkampfes und Klassenhasses unter Deutschlands Schönen. Wir werden auch in Zukunft bei der Vertretung unserer Interessen niemals die Interessen der Volksgemeinschaft vergessen. Klassenkämpfer von oben wie von unten, die das Volkswohl in der unverantwortlichsten Weise auf Spiel setzen, werden bei uns jederzeit auf den energichsten Widerstand stoßen. Die Grundgesetze der Arbeiterbewegung und die Fortschritte der Sozialpolitik, wir dürfen sie und nicht gerühren lassen. — Wir werden sie bewahren, erhalten und an das heranwachsende Geschlecht weiter geben zum Wohle von Volk und Vaterland. Das sei unser Wehrbeitrag, der wahrlich mehr wert ist als alles Gold, in den Tagen, wo Deutschlands Schätze zur Verteidigung der heiligen Güter ins Feld ziehen müssen. G. P.

anden mit dem Erfolge, daß sich sämtliche Korzarbeiter in Mählen dem Verbande angeschlossen haben. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch auf die Notwendigkeit der Organisation für die Arbeiter der Firma C. A. Kentamp, Landwirtschaftliche Maschinenfabrik hinweisen. Abgesehen davon, daß die Wähe der Kollegen keineswegs zu hoch sind, mangelt es im Betriebe an den notwendigen Einrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Im Kesselraum wird der freie Raum über dem Kessel als Holzbodenraum benutzt. Da besteht die Gefahr, daß ein Stoß Holz in Abwesenheit des Kesselwärters, der nebenbei in der Sägerei beschäftigt wird, herabfällt, und das Sicherheitsventil beschädigt. In der Tischlerei steht es hinsichtlich der Schutzvorrichtungen nicht zum besten aus. Mit den Vorschriften der Berufsgenossenschaft stimmt manches nicht überein. Das Räuschen ist den Arbeitern untersagt, das Anlegen eines offenen Feuers zum Anwärmen von Holz, das verbleibt werden soll, aber wird für richtig gehalten. Eine Blechplatte, damit der Fußboden nicht Feuer fängt, dient als Unterlage, darauf die Spähne und das Feuer lodert bis zur Decke. Daß eine solche Arbeitsweise für die Arbeiter höchst gefährlich ist, läßt sich ohne weiteres ein. Solange aber die Arbeiter sich nicht organisieren und gemeinsam für Abhilfe sorgen, wird wohl alles beim alten bleiben. Soll's anders werden, dann müssen sich die in Betriebe beschäftigten Holzarbeiter Mann für Mann dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands anschließen, damit die Firma durch die Macht der Organisation geschwungen wird, Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter besser zu schützen.

Lübeck. Bei Anwesenheit sämtlicher Mitglieder hielten wir am Sonntag, den 15. Februar die Generalversammlung ab. Dem Jahres- und Kasienbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl unter der Arbeitslosigkeit sehr zu leiden hatte. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 189,60 Mark, die Ausgaben 150 Mark; die Einnahmen der Ortskasse, mit Stand vom Jahre 1912, 218,23 Mark, die Ausgaben 121,16 Mark. In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Kollege Waske, als Kassierer Kollege Knöfler, als Schriftführer Kollege Schneider und als Beisitzer Kollege Soga. Der Bezirkssekretär des Gesamtverbandes, Kollege Sartmann, der zu der Versammlung erschienen war, besprach den gegenwärtigen Stand unserer Bewegung, den Arbeitertag in Berlin, seine Notwendigkeit und Wichtigkeit in gegenwärtiger Zeit, sowie die Volkserziehung der christl. Gewerkschaften. Er forderte die Mitglieder auf, im neuen Jahr noch mehr wie bisher für die christl. Gewerkschaftsfrage zu arbeiten. Mögen die Worte des Kollegen Sartmann zu reger Arbeit ermuntern.

Hüdenfeld. In einem hiesigen Schreinerbetrieb verletzten vor einiger Zeit ein Arbeiter dadurch, daß er im Vorbeigehen mit der 3 cm vorstehenden Schraube der freilaufenden Welle an der Bohrmaschine in Berührung kam. Da auch nach dem Unfall keine Anstalten gemacht wurden, die Welle zu schützen, wurde Veranlassung genommen, die maßgebenden Stellen um Abstellung dieses Mangels und anderer Mängel im Betrieb zu ersuchen. — Wir bitten unsere Kollegen dringend, in den Betrieben darauf zu achten, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt sind. Wenn der Arbeitgeber aus Gewinnsucht oder Gleichgültigkeit kein Interesse für den Arbeiterschutz zeigt, dann ist es eben notwendig, wenn alle Maßnahmen der Kollegen nichts fruchten sollten, der Gewerbeinspektion Mitteilung zu machen. Durch die Organisationssekretäre ist auf diese Weise schon manches geschehen. Wir bitten die Kollegen weiterhin auch darauf zu bestehen, daß der Tarifvertrag strikte eingehalten wird. In der Regel ist's ja so, daß dort, wo die gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften nicht beachtet werden, auch das Gewerbegesetz des Tarifvertrags nicht befolgt wird. Wo Verträge gegen den Tarifvertrag vorkommen, sind diese sofort der Ortsverwaltung zu melden, damit diese das weitere veranlassen kann.

Hagenburg. Im „Sourier“, dem Organ der sozialdemokratischen Transportarbeiter (Nr. 8) vertritt sich mal wieder einer ordentlich auf's Klagen und Schimpfen. Diesmal gilt's aber nicht wie wir's sonst gewohnt sind, unserer Organisation, sondern dem evangelischen Kirchenvorstand des Nachbarortes Böllen und den Ältesten, die ihre Lokale nicht dem roten Transportarbeiterverband zur Verfügung stellen wollen. Die Wirte sollen demunziert worden sein. Nach unserer Meinung hat doch jeder Wirt selbst über sein Lokal zu verfügen. Jedenfalls wird's aber nicht nach dem Geschmack der Wirte sein, Elemente zu beherbergen, die unsere „maßlos verrottete“ Wirtschaftsordnung gleich Sodoma und Gomorra durch Feuer- und Schwefelregen zu befeuchten wünschen. In Nr. 4 des Souriers vom Jahre 1913 schien es, als wenn die Genossen den Schmerz über den Verlust der Lokale gar nicht merken wollten, denn da hieß es: „Die Versammlungsteilnehmer können jetzt ihre Groschen sparen, welche andernfalls den Büden aufgenommen würden.“ Sehr richtig, sagen wir dem Artikelreiber, auch wir sind durchaus fürs Sparen. Wenn der Artikelreiber aber in Böllersheim, im Diemannschen Hause regelmäßig den Versammlungen beigewohnt haben würde, dann wäre es ihm zur Gemütsheil geworden, wie der Alkohol nicht verachtet wurde. Zuerst wurde er in Schnapsgläsern, dann aber in Biergläsern verabsolgt. Nachher wurden den Versammlungsteilnehmern die Groschen dafür abgeholt. Ob Herr Diemann ein gutes Geschäft gemacht hat oder nicht, ist nicht unsere Sache; darüber wird vielleicht in nächster Zeit die Staatsanwaltschaft entscheiden. Daß der evangelische Kirchenvorstand von Böllen und Böllersheim in seinem Hause, das zur Zeit von Herrn Diemann paachtweise benutzt wird, die „Trinkgelage“ nicht zuläßt, ist erklärlich. Wenn der Kirchenvorstand von Böllen sich arbeiterfeindlich gebärden sollte — was uns nicht bewußt ist — dann hat es unter diesen Umständen einzig und allein der sozialdemokratische Transportarbeiterverband verschuldet; der Kirchenvorstand scheint nur seine Pflicht zu tun, denn hinübertrannet werden die Arbeiter durch den Mißbrauch des Alkohols, der ihnen durch den soziald. Transportarbeiterverband zur Verfügung gestellt wird. Daraus kommt dieser Schnaps-Organisation! Jeder anständige Arbeiter gehört in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung!

Dortmund. Das Jahr 1913 mit seiner nicht günstigen Konjunktur ist im ganzen genommen, an unserer Zahlstelle vorübergegangen ohne besondere schädigende Merkmale hinterlassend. Der Mitgliederbestand hat noch eine Steigerung von 7 erfahren. Das verkauften wir besonders der treuen Pflichterfüllung der Vertrauensleute. Die Zahlstellenmitglieder sollten jedoch nicht mit Dankesworten allein begnügen, sondern die aufopfernde Tätigkeit der Vertrauensleute auch dadurch würdigen, daß sie eifrig an Verbandstagen teilnehmen durch regelmäßigen Besammlungsbesuch. Wir wissen, daß gerade die gegenwärtige Kampagne über die Lage der Kollegen nur in einer gut besuchten Versammlung von Nutzen sein kann; die Vertrauensleute aber seien darin ohne Zweifel einen Erfolg ihrer Tätigkeit, zumal die Zahlstelle immer vor neue Aufgaben gestellt wird. Erwünscht soll bei dieser Gelegenheit nur werden an die Entwertung der Waggonindustrie im Bereiche der Zahlstelle. Der einzigen Jahres fanden hier am Orte nur wenige Kollegen in dieser Industrie Beschäftigung. Nach der letzten Betriebs-

statistik sind es deren bereits über 160. Und wie sieht dort die Lohn- und Arbeitsverhältnisse? Ja, in der Weizahl wissen die Kollegen dieser Betriebe erst dann, was sie verdienen haben, wenn sie im Besitze ihrer Lohnsätze sind. Ein Hinblick der Kollegen in der Waggonindustrie auf die Organisation ihrer Arbeitgeber müßte eigentlich auch ihnen den Weg zeigen. Unsern Modelischnereikollegen ist es im Jahre 1913 in den Privatbetrieben gelungen, die 1/2 ständige Arbeitszeit mit einer Lohn-erhöhung von 4 Pfg. pro Stunde zu erringen. Wenn nicht alle Wünsche der Kollegen in Erfüllung gingen, so lag vor allem an dem Indifferentismus der Kollegen in den Maschinenfabriken und den schärfmackerischen Tendenzen deren Arbeitgeber. Wie die Dinge in diesen Betrieben liegen, sagten die Privatunternehmer bei ihren Zugeständnissen für Ueberstunden: „Solange in den Fabriken noch fast unbeschränkt und meistens ohne Zuschläge Ueberstunden geleistet werden, vergüten wir den Modelischnereiern und Drechslern bis 12 Uhr nachts 25 %.“ Bei der Maschinenfabrik Wagner & Co. ging der Kampf durch die vorgeschriebenen Umstände verloren. Unsere Jugendabteilung gestattete sich immer stabiler. Es wurden im Jahre 1913 an 350 Monatsbeiträge in der Jugendabteilung verkauft. Möge vor allem die Agitation unter den Jugendlichen nie erlahmen. Unsere Kollegen aber sollten den Jugendlichen immer beifällig sein. Unser Ziel soll und muß sein, durch Gewinnung der Jugend für den Nachwuchs des Verbandes zu sorgen. — Die Jahres-Generalversammlung unserer Zahlstelle brachte in der Besetzung des Vorstandes verschiedene Neuerungen. Auf Wunsch der Kollegen wurde der Vertrauensmann der Jugendabteilung mit in den Vorstand gewählt. Der Vorstand setzt sich nunmehr zusammen: Ferd. Pielsticker 1. Vorsitzender; Fritz Wedder 2. Vorsitzender; Ludwig Traber 1., Jos. Knoche 2. Schriftführer; Fritz Hille 1., Hermann Günther 2. Kassierer; Karl Rading Wilh. Hammede, Jos. Synk, Jos. Vietmann und Franz König Beisitzer. Möge es dem neuen Vorstand recht bald gelingen, das nächste Ziel, 600 Mitglieder in der Zahlstelle, zu erreichen.

Freiburg i. B. Unserer Generalversammlung konnte sich eines guten Besuchs erfreuen. Die aufgestellte Tagesordnung wickelte sich rasch ab. Dem Geschäfts- und Kasienbericht, den die Ortsverwaltung jedem Kollegen schriftlich zustellte, entnehmen wir folgendes: Die Gesamteinnahmen betragen einschließlich Kasienbestand der Lokalkasse vom Vorjahre 4895,91 Mk. Die Ausgaben für die Hauptkasse waren an Unterhaltungen: für Reiseunterstützung 231 Mk., Militärunterstützung 25 Mk., Krankenunterstützung 320,07 Mk., Arbeitslosenunterstützung 521,41 Mk. Eingekamelt wurde an die Hauptkasse die Summe von 1968,54 Mk. Die am 1. März vorgenommene Beitragserhöhung für die Lokalkasse hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Dadurch war es möglich, bedürftigen Kollegen einen erheblichen Zuschuß zu den Unterhaltungen der Hauptkasse gewähren zu können. Die Ausgaben für die Lokalkasse betragen 495,96 Mk. Der Bestand der Ortskasse Ende 1913 ist 1333,90 Mk. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von 408,81 Mk. zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl erreichte am Schluß des 3. Quartals ihren Höhepunkt mit 147 Kollegen. Infolge der stark einsetzenden Arbeitslosigkeit gegen Ende des Jahres, war ein Teil der Kollegen gezwungen, wegen Arbeitsmangel abzureisen. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresluß 137, die Zunahme gegenüber dem vergangenen Jahre 14. Da am Orte im Schreiner-gewerbe über 90 Prozent der Kollegen organisiert sind, gestaltet sich die Agitation schwierig. Die Zahlstelle muß ihr Augenmerk hauptsächlich richten, auf die vorhandenen Branchen der Holzindustrie, auf die Jugeristen und die nähere Umgebung. Im nahen Umkreis wurde mehrermale Hausagitation vorgenommen. Es konnten 10 Kollegen gewonnen werden, die zur Zahlstelle Freiburg zählten. Zur Belehrung der Mitglieder und Erlebung der Berufsfragen wurden fast alle 14 Tage Versammlungen abgehalten. Vorstandssitzungen fanden monatlich einmal statt. Der Besuch der Versammlungen ließ manchmal zu wünschen übrig. Im August veranstaltete die Zahlstelle einen gemeinsamen Besuch zur Gewerbeausstellung in Waldkirch. Es beteiligten sich hieran 105 Kollegen. Eine rührige Tätigkeit entfaltete die in der Zahlstelle vorhandene Gruppe der Tapezierer. Die Gruppe konnte ihre Mitgliederzahl gegenüber im Vorjahre von 12 auf 24 erhöhen. Das Berichtsjahr brachte uns auch einen Wechsel in der Bezirksleitung. Unser alzeitlich beliebter Bezirksleiter, Kollege Schmitz, wurde am 1. Juli nach Berlin versetzt. Die Zahlstelle veranfaltete ihm zu Ehren eine Abschiedsfeier, und überreichte ihm als Andenken ein Album mit Abbildungen von Schwarzwaldb. Als Nachfolger kam Kollege Mehl aus Frankfurt. Der im Jahre 1910 abgeschlossene Tarifvertrag im Schreiner-gewerbe wurde am 15. November gemeinsam mit dem deutschen Holzarbeiterverband gekündigt; ebenso der am 1. April ablaufende Tarifvertrag im Tapezierergewerbe, gemeinsam mit dem Tapeziererverband. — In der Generalversammlung wurde beschlossen, 50 Pfg. Strafe einzuführen für die Kollegen, die der Generalversammlung ohne Entschuldigung fernblieben. Die Wahl der Ortsverwaltung brachte keine Änderung, da die Kollegen eine Wiederwahl anmahnen. Im Anschluß an die Tagesordnung erstattete der Vorsitzende Kollege Kiering Bericht über die Unterhandlungen mit den Arbeitgebern. Unser Bezirksleiter Kollege Mehl referierte dann noch über die gegenwärtige Konjunktur in der Holzindustrie und gab einen kurzen Ueberblick über den Bezirk. Er forderte die Kollegen auf, es sich zur Aufgabe zu machen, immer im Dienste des Verbandes zu stehen. Nur dadurch, daß die Gesamtheit der Kollegen an der Organisationsarbeit interessiert ist, wird es möglich sein, daß auch in Zukunft die Zahlstelle eine gedeihliche Entwicklung nimmt.

Sterbefall.

Adolf Müller, Schreiner, 31 Jahre alt, gestorben an den Folgen eines Unfalls (kam unter einem Stapel Bretter) zu Heibert.
Peter Hartmann, Schreiner, 26 Jahre alt, gestorben zu Hagen.
Peter Hütner, Schreiner, 24 Jahre alt, verstorben zu Dörtsch bei Saub a. Rh.
 Ruhest in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Die Petrusblätter, zugehörnd dem Praktikum der katholischen Aktion zur Förderung einer konfessionellen gelben Arbeiterbewegung, machen sich in einer ihrer letzten Nummern die Rechnung des Essener gelben „Berkvereins“ zu eigen, wonach die christlichen Gewerkschaften den sozialdemokratischen

Gewerkschaften Zutreibdienste leisten sollen. Angefähr wird das sinngemäß, daß in den letzten sechs Jahren des sozialdemokratischen Holzarbeiterverband über 2000 Uebertritte aus dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter habe verzeichnet können. Es sei demnach ungefähr jedes achte Mitglied des christlichen Verbandes, durch diesen für den sozialdemokratischen Verband gewonnen worden. Wir gestatten uns, den Petrusblättern eine andere Rechnung aufzustellen. In den Jahren 1908—1913, also ebenfalls in sechs Jahren, war es dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands möglich, 2390 Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes zum Uebertritt zu bewegen. Es bleibt somit nach Abzug der Uebertritte in den roten Verband noch ein Plus zu Gunsten des christlichen Verbandes. Aus sozialdemokratischen Verbänden überhaupt erzielte der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in genanntem Zeitraum 2760 Uebertritte. Die Rechnung der Petrusblätter wäre somit da hin zu korrigieren, daß 15 Prozent von den 17 669 Mitgliedern des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter gewonnen wurden infolge Uebertritte aus sozialdemokratischen Gewerkschaften. Diese Rechnung stimmt schon eher, da erfahrungsgemäß die Mitgliedschaft der aus soziald. Verbänden in den Zentralverband christlicher Holzarbeiter übergetretenen Mitglieder in der Regel von Dauer ist, was man von den Ueberläufern aus dem christlichen Lager in den roten Verband nicht sagen kann. Die letzteren werden zumeist nur durch den bekannten Druck in den Betrieben für den soziald. Verband gewonnen und kehren diesem dann wieder den Rücken, wenn sie in eine andere Umgebung kommen. — Den Petrusblättern stände es weit besser an, einmal zu untersuchen, wieviel katholische junge Holzarbeiter, die aus den östlichen Domänen von „Sig Berlin“ die Wanderschaft nach dem Westen antreten, in Sachsen, in Berlin und all den Städten zwischen Oder und Weiser für den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband mit leichter Mühe gewonnen werden, weil „Sig Berlin“ nebst Anhang jede Aufklärung dieses Leute in ihrer Heimat durch die christlichen Gewerkschaften verhinderte. Unser Verband kann von sich sagen, daß es trotz aller Hindernisse die ihm in den Weg gelegt wurden, der Sozialdemokratie manch Gebiet mit Erfolg fruchtig gemacht hat. Derweil diverse andere Leute zu faul und zu dummi zu praktischer Arbeit waren, statt dessen desto mehr an unserer Arbeit herumzögeln. Unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, ist auch weiter mit bestem Erfolg tätig gewesen, die von Sig Berlin“ im Banne der Nörgerei gehaltenen Holzarbeiter für die praktische Mitarbeit in unserer Organisation zu gewinnen. Wenn die Zahl der Uebertritte von „Sig Berlin“ nicht so groß war, wie die der Uebergetretenen aus soziald. Verbänden, so liegt das lediglich daran, daß „Sig Berlin“ über so viele Holzarbeiter gar nicht verfügte. Die intelligenteren Berufsangehörigen, die früher einmal zu „Sig Berlin“ gehörten, sind heute fast aus. Die wenigen, die noch übrig blieben, gereichten „Sig Berlin“ zu der ihm gebührenden Hiebe.

Der gelbe Pastor. — wie Pastor Richter in Königsvalde i. S. kurz genannt wird, erlebte jüngst vor Gericht eine Niederlage. Der Gesamtverbandsschreiber, Kollege Boigt, hatte Pastor Richter wegen Beleidigung verklagt. Erst klagte sich Richter auf den Standpunkt, daß er nichts zurückzunehmen habe. Schließlich wurde er aber doch von den Tatsachen derart bedrängt, daß er sich bereit erklärte, die Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen und die gesamten Kosten des Klägers zu zahlen. Schlimmer wie dem gelben Pastor erging es seinem Schüler Purrfürst in Chemnitz, der wegen Beleidigung des Kollegen Gierz zu 300 Mk. Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. — Pastor Richter, der sehr geräuschvoll in „Arbeiterbewegung“ macht, gründet in Sachsen, wo er es fertig bringt, deutsch-nationale Arbeitervereine, die die Gewerkschaften ersetzen sollen. Die Beiträge in diesen Vereinen sind ziemlich niedrig und die Berprechungen des Pastors Richters ziemlich groß. Um den Agitationsapparat für die gelbe Geschichte halten zu können, schuf sich Pfarrer Richter den Verein zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung. Jumeist soll's Arbeitsbergelb sein, das hier einfließt. Man spricht davon, daß Pfarrer Richter etwa 40 000 Mk. pro Jahr an derart aufgebrauchten Geldern für die Agitation zu Gunsten seiner gelben Vereine verpaltern darf. Die ganze Tätigkeit des Königsvalder Pastors in der Arbeiterorganisation ist nichts mehr und nichts weniger als arbeitsergebend. Und weil sie das ist, deshalb besorgt Pastor Richter — natürlich wohl ungewollt — die Geschäfte der Sozialdemokratie, deren Förderung in Sachsen uns besonders überflüssig erscheint.

Lohnbewegungen im Schneidergewerbe. Am 1. Dezember v. J. kündigten die Gehilfenorganisationen im Schneidergewerbe die Tarifverträge für 60 Städte. Obwohl sich die Forderungen der Gehilfen in mäßigen Grenzen bewegten, verließen die Verhandlungen an 54 Orten resultatlos, da es die Arbeitgeber ablehnten, überhaupt Zugeständnisse zu machen. Vom 2.—8. Februar fanden nun in Nürnberg vor einem Kollegium von Unparteiischen zentrale Verhandlungen statt, wobei sowohl über die prinzipiellen Streitfragen wie über die Lohnfrage Schiedssprüche gefällt werden mußten. Die Lohnbewegungen bewegten sich nach den Schiedssprüchen für die einzelnen Orte zwischen 3 und 7 Prozent auf die Grundlöhne, was einer Erhöhung des Familienlohnes von 2—5% gleichkommt, da die Extrararbeiten von der Lohnhöhung ausgeschlossen blieben. Bis zum 21. Februar hatten sich die Parteien zu erklären, ob sie die Schiedssprüche annehmen oder nicht. Das ist geschehen. Damit hat die diesjährige Lohnbewegung im Schneidergewerbe ihren Abschluß gefunden. Die neuen Tarife treten am 1. März in Kraft und betreffen bis zur Einführung des Reichstarifes im Jahre 1916 Gültigkeit.

Dem roten Berlinbandungsstreik. Die sozialdemokratischen Blätter glauben in einem Artikel des Bezirksbeamten Schwarzweiden vom christlichen Arbeiterverband wieder ein

neues Bündlein gemacht zu haben, um gegen die Christlichen gehen zu können. Was ist wahres an der Sache? In Geberschweiter im Elsaß hatten die Genossen vor mehr als Jahresfrist einen Streik geführt, der infolge der ungeschickten Führung zusammenbrach. Die Leute traten aus dem roten Verband aus, der ihnen schweren Schaden gebracht hatte. Im Laufe der Zeit sahen sie aber ein, daß es doch nicht ohne Organisation geht. Mit den Genossenschaftsführern wollten sie nichts mehr zu tun haben. Deshalb wandte man sich an den Bezirksleiter des christlichen Verbandes, der das weitere veranlaßte. Die Leute wußten, daß die Firma ausgiebige Aufträge erhalten hatte. Die günstige Situation wurde ausgenutzt zu einer Lohnbewegung, die den Arbeitern mehrere Verbesserungen brachte, als die Genossen früher zur unrichtigen Zeit und in verkehrter Form gefordert hatten. Zugleich wurden die Löhne tariflich festgelegt. Gelegentlich des Tarifabschlusses bat der Arbeitgeber den christlichen Bezirksleiter, ihm noch eine Anzahl Leute zu besorgen, damit er seine Aufträge rechtzeitig erledigen könnte. So ist das Birkular des Kollegen Schwarz entstanden. Weil die Arbeiter Angst vor dem soj. Terror zeigten, glaubte Schwarz, noch darauf verweisen zu müssen, daß die roten Terroristen nicht mehr in Frage kommen und ihre Macht längst gebrochen sei. — Nebenlich liegen die Dinge mit der Schwindelgeschichte in Planenhammer. Dort ist weder eine Aussperrung noch ein Streik. Einige rabiate Genossen, die die Firma durch ihr Verhalten nahezu an den Bankrott gebracht hatten, wurden entlassen. Die anderen Genossen arbeiteten weiter. Um die Fabrik, in der bisher nur rot organisierte arbeiten durften, gesinnungsrein zu halten, verhängten die Genossen in der „Kneipe“ die Sperre. Das Verbieten des Kollegen Schwarz war, daß er seinen Mitgliedern öffentlich sagte, daß nunmehr auch Nichtgenossen in Planenhammer arbeiten dürften. Erst wurde die ganze Welt mit der Behauptung beschwichtigt, der Direktor von Planenhammer habe eine Zahlstelle des christlichen Verbandes mit 170 Mann gegründet. Als sich dieser offensichtliche Schwindel nicht mehr aufrecht erhalten ließ, stempelte man Schwarz zum Streikbrecheragenten. Kollege Schwarz behält sich vor, gegen die Urheber und Verbreiter der Verleumdungen klagbar vorzugehen.

Soziale Rundschau.

Die Aufgaben der Versicherungsämter, zu denen zunächst die Vertreter zu wählen sind, sind recht vielfältig und für die Versicherten von der allergrößten Bedeutung. Ihre Tätigkeit zerfällt in eine allgemeine und in eine solche spezieller Natur.

1. Sie haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Aufsicht in Angelegenheiten der Reichsversicherungsordnung zu erteilen. Sie können die Versicherungsämter in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen.

2. Aufgaben für alle Zweige der Reichsversicherung sind: Leitung der Wahl der Versicherungsvertreter; Anordnung der Gemeinheitsstrafen; Gewährung bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Erlassung von Urteilen und andere Spruchgeschäfte.

3. Aufgaben für die Krankenversicherung: Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände; Mitwirkung bei der ärztlichen Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitigkeiten und auf Beschwerden; Bewilligung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Kassenordnung; Festsetzung des Wertes der Roth- und Hilfskassen bei Handwerksbetriebern; Bewilligung in Streitigkeiten.

4. Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Mitwirkung bei der Beiseiderteilung; Entscheidung einzelner Streitig-

keiten, Mitwirkung bei Anmeldung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienzahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren, Beerdigung von technischen Aufsichtsbearbeitern usw.

5. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Entscheidung auf Anträge, Bescheidwerden, Streitigkeiten; Bewilligung an der Nebenrechnung; Bewilligung in Streitigkeiten; Vorbereitung des Bescheides.

Eine Aufgabe der Vertreter an den Versicherungsämtern ist es, auch sowohl die Vertreter zu den Oberversicherungsämtern, wie auch die Ausschüsse der Invalidenversicherungsanstalten, zu deren Bezirk sie gehören, zu wählen. Außerdem haben sie noch das Recht, die Versichertenvertreter bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu wählen, soweit deren Sektionen in ihre Versicherungsamtsbezirke fallen.

Fünfundsiebzig Jahre wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts in unserm deutschen Vaterlande ist eine geradezu gewaltige. Wir möchten dieselbe kurz mit einigen drastischen Zahlen aus dem Dr. Helfferich'schen Werte „Deutschlands Volkswohlstand“ illustrieren.

vor 25 Jahren		heute
Geboren auf 1000 Einwohn.	33,2	29,5
Gestorb.	26,5	11,3
Ausgewandert im Jahresdurchschnitt	184.200	35.500
Bevölkerung in Städten von über 20000 Einwohner	0,6 Mill.	22,4 Mill.
Bevölkerung in Städten von über 100000 Einwohner	4,4	13,8
Kohlenförderung jährl. 1 Tonn.	1	8
Kapital der Aktien usw. Gesellschaften	4878 Mill. M.	14.800 Mill. M.
Einlagen bei Kreditbanken	1350	9360
„ „ Genossenschaften	600	9000
„ „ Sparkassen	4550	18000
Aktien d. Privatversicherungen	1449	6071
Koggenante auf 1 ha	20 Zentner	35 Zentner
Telegraphennetz, Länge der Drähte	317.100 km	1.907.200 km
Eisenbahnen	27382	59.763
Betriebsvermögen d. Post	190 Mill. M.	781 Mill. M.
„ Eisenbahn	997	3271
Steuereinkommen	1896 21,5 Milliarden	40 Milliarden
a. d. Kopf	410 M.	600 M.

Das Volkvermögen wird gegenwärtig auf 290—320 Milliarden, auf den Kopf berechnet 4500—4900 M., geschätzt und wächst jährlich um 7—8 Milliarden, hat das von England und Frankreich bereits überflügelt, steht aber hinter dem Volkvermögen der Vereinigten Staaten (500 Milliarden) erheblich zurück.

Krankenkassenwahlen. Bei der Ansichtswahl zur Jungmutterkassenkasse in Brühl bei Köln, bei der auch einige unserer Verbandsmitglieder gewählt wurden, erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 124 Stimmen, die soziald. Liste 25 Stimmen. — Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse der Arbeiter in Breslau erhielt unsere Liste 46 Stimmen und 1 Vertreter. — Bei der Betriebskrankenkassenwahl der Firma Krupp in Essen erhielten Stimmen (die Zahlen der letzten Wahl sind in Klammern beigefügt): Freie Gewerkschaften 11395 (1910: 11689), Christliche 9260 (1910: 8670), Selbe 5320 (1910: 5042), Kirch-Kindersche 390 (1910: 244), Polen 682 (1910: 0). Auch bei dieser Wahl stellte sich heraus, daß die „Selben“ recht unsichere Kantonten sind. Bei einer Mitgliederzahl von 9000 besaß ihre Stimmenzahl mehr als alles andere. Die Selben hatten gegen die christlichen Gewerkschaften ein Flugblatt herausgegeben, in dem es unter Anspielung auf einen Brief des Kardinals Rupp hieß: „Fort mit der Liste der Arbeitervereine“. Die Spaltung ging fehl. Während die „Genossen“ an Stimmen ver-

Jahresrechnung

der Krankengeldzusatzklasse des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands. — Sitz Köln, Benloerwall

Einnahmen:	
Kassenbestand aus 1912	M. 4019,94
Zinsen aus angelegten Geldern	670,18
Eintrittsgelder	75,-
Beiträge	28697,81
Von Sparkassen erhoben	11850,-
Borschaften und durchlaufende Posten	18047,70
Sonstige Einnahmen (Strafgelder usw.)	15,54
Insgesamt	M. 52876,16
Ausgaben:	
Krankengelder	M. 22249,56
In 1913 bei Sparkassen angelegt	14175,80
Berechnete Borschaften und durchlaufende Posten	13018,61
Verwaltungsausgaben, persönliche	492,-
Verwaltungsausgaben, persönl. einschl. Werkkosten	889,21
Sonstige Ausgaben	135,70
Insgesamt	M. 51060,58
Somit Ueberschuß	1815,58
Reservefonds Ende 1913	16000,-
Somit Gesamtvermögen	M. 17815,58
Vermögenszunahme in 1913	621,16
Der Reservefonds betrug Ende 1913	16000,-
Gesetzliches Minimum des Reservefonds	11541,43
Somit über dem Minimum	4458,58
Zahl der Verwaltungsstellen Ende 1912	83
„ „ „ 1913	90
Zunahme	7
Mitgliederzahl Ende 1912	1202
„ „ „ 1913	1237
Zunahme	35
In 1912 waren 410 Mitglieder	7882 Tage krank
„ 1913 „ 719 „	15193 „
Zunahme 309 Mitglieder	7311 Tage

S. M. d. Kasserer.

loren, buchten die christlichen Gewerkschaften einen schönen Gewinn! Der soziald. „Vorwärts“ meint dazu resigniert: „Bemerkenswert bleibt der Zuwachs der Christlichen, ein Beweis, daß unter dem Ansturm der Antiregale sich ihre Reihen dichter schließen, als sich zu lösen.“ — Es erhalten Vertreter: die „Genossen“ 20, christliche Gewerkschaften 18, Selbe 11, Polen 1.

Literarisches.

Die christliche Arbeiterbewegung in Geschichte und Arbeit dargestellt von Michael Gasteiger, Redakteur des „Arbeiter-München.“ (Frankfurter zeitgemäße Broschüren. Band 33, Heft 5.) Gamm l. Westf. 1914. Verlag von Treer & Thiemann. Preis 50 Pfg.

Die Literatur über die christliche Arbeiterbewegung ist bereits recht stattlich angewachsen. Die grundsätzlichen Diskussionen, die sich insbesondere um das gewerkschaftliche Gebiet gruppieren, haben Freunden und Gegnern der Bewegung manchen Anreiz zu literarischer Behandlung gegeben. Kollege Gasteiger, der schon mehrere Schriften über die christliche Arbeiterbewegung verfaßt hat, will mit dieser Broschüre dem Mangel an einer kurzen Uebersicht abhelfen, die alle jene Organisationen nach Geschichte, Programm und Arbeit zusammenfassend würdigt, welche nach Grundsätzen und Arbeit zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu rechnen sind.

Adressenveränderungen.

Berlin. Die Berliner Büro's unseres Verbandes, Bezirks- und Ortsbüro, befinden sich vom 16. März ab, Berlin O 27, Blumenstraße 75. Fernsprecher wie früher Nr. 10100.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Zentralverbandes der christlichen Gewerkschaften schließt Versicherungen bis zur Höhe von 1500 M. ab. 14tägige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 500 Pfennig. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme. Bieterteilung: a) Sterbegeldversicherung mit abgeleiteter Pensionsversicherung. b) Versicherung auf Todes- und Erlebensfall. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode, spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Die Beitragszahlung endet mit dem Tode des Versicherten, spätestens mit dem Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. c) Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. d) Lebensversicherung der Versicherten mit Fälligkeit derselben, bei Konsumtion, Konfirmation, Scheidung usw. e) Günstige Bedingungen: Keine ärztliche Untersuchung. Zweimonatliche Zahlungsfrist. Ordentliche Entgeltzahlung bei Beendigung der Beitragszahlung. Rückzahlung der Beiträge mit Zinsen. Wiederausgabe der Beiträge mit Zinsen. Einfluß der Kriegsgefahr (nach 5 Jahren ganz, vorher zu bestimmten, steigenden Prozentsätzen). — Die gemeinnützige Volksversicherung v. d. L. L. L. ist unter ständiger Kontrolle eines Reichsausschusses. Mindestens 80% des Gewinnes fließen den Versicherten wieder zu. Die Dividende der Aktionäre darf höchstens 4% nicht übersteigen. — Nachstehend erhalten bereitwillig die Satzungen des Verbandes. Von denselben erhält man auch die Prospekte und Aufklärungsschriften.

3. 15193 Tagen der Krankheit
haben 719 Mitglieder in der

Krankengeldzusatzklasse
des Zentralverbandes christlicher
Holzarbeiter Deutschlands,
Sitz Köln, Benloerwall 9,

Wieviele im Jahre 1912 eine wertvolle Hilfe
durch den Verband gefunden haben, zeigt
auch die folgende Tabelle:

Man beachte bitte, daß jedes Versicherungsmitglied
wenigstens zur Zeit nicht krank ist und nicht
mehr 10 Jahre alt ist, die Mitgliedschaft erworben
hat. Die Hilfe gewährt ein halbjährliches Krankengeld
von 75 Pfg. in der ersten, 110 M. in
der zweiten, 150 M. in der dritten und 2—
in der vierten Klasse. Aufnahmegericht in allen
Klassen 50 Pfennig.

in Klasse I	20 Pfg.
in Klasse II	30 Pfg.
in Klasse III	45 Pfg.
in Klasse IV	55 Pfg.

Begrüßungsgeld 10 Pfg. in jeder nach 12 Wochen
Krankheit, 25 Wochen lang.
Beim Eintritt bei den Ortsvereinen und
bei der Aufnahme.

Angewandte Zahnstellen

Fortuna

Sonntag, den 8. März, vorabends 10 Uhr,
findet im Lokal Koll. Koll. Platz 1, unsere
Betriebsrat-Tagung
statt. Die Tagesordnung ist den einzelnen Gruppen
bereits zugestellt. Wir erwarten ein pünktliches
und zahlreiches Erscheinen. — Der Vorstand.

Zwei Kassenmacher
und zwei Kassenhelfer nach einer Groß-
stadt für mehrere Kassenstellen gesucht. Arbeits-
zeit 57 Stunden. Lohn für Kassenmacher 67
bis 72 Pfg.; für Kassenhelfer 50 bis 57 Pfg.
Anforderungen für Klassen 132—180 M., Lan-
denstellen 245—285 M., Lohnzusatz 280—350 M.,
abnehmende Stunden 370—390 M. Reflektiert
wird nur auf solche mit tüchtigen Arbeitern. Bel-
ohnungen unter K. F. an die Expedition
dieses Blattes.

Tischler und Polierer
findet dauernde Stellung und Arbeitsverhältnisse
Arbeit an feineren Möbel.
Leibinger Kunsttischlerei
Friedr. Schapperbach, Leibern i. B.

**Staatlich unterstützte städtische Fachschule
für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.**

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf., Geschäfts-
briefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn.,
gewerbli. Gesetzeskde., Stil- u. Formenl. Mat., Werkz., Maschinenkde.,
Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-
PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden.
EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten
beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark
pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN:
Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis.
PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten
an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 57. Der Direktor: ZILLMER.

8 bis 10 Möbelschreiner
auf feineren Arbeit nach südbayerischer Stadt
sofort gesucht. Zahlstelle des Verbandes am Ort
Näheres durch das Sekretariat des Zentral-
verbandes christlicher Holzarbeiter München,
Bayerstr. 5.

Zwei tüchtige Bürstenmacher
sofort gesucht.
Ferd. Schumann, Köln, Duffelsbach 13.

**Eingelegte Fourniere für Nähtische,
Schatullen und Füllungen.**
Austrieb gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungschriften.
Guth. Wiker, Marquettstr.,
Seibelberg, Theaterstraße 7.

Einige Kastenmacher und Kastenbeller
wie auch Wagensticker werden nach Frank-
furt a. M. und Umgebung gesucht.
Arbeitsnachweis der Bezirksstelle Frankfurt.